

**Umweltforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Förderkennzeichen (UFOPLAN) 3707 17 102/02

**Untersuchung der Beiträge von Umweltpolitik sowie
ökologischer Modernisierung zur Verbesserung der Lebens-
qualität in Deutschland und Weiterentwicklung des Konzepts der
Ökologischen Gerechtigkeit: Hauptstudie**

Module 4-5:
**Expertendelphi und Fachgesprächsauswertung
Kurzfassung**

Dr. Dieter Korczak

IM AUFTRAG DES UMWELTBUNDESAMTES

Januar 2009

GP Forschungsgruppe
Institut für Grundlagen- und Programmforschung
Nymphenburgerstraße 47
80335 München

Tel.: 089-54344960 Fax: 089-54344988 Email: info@gp-f.com

Einleitung

Das UFOPLAN-Projekt „Untersuchung der Beiträge von Umweltpolitik sowie ökologischer Modernisierung zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland und Weiterentwicklung des Konzeptes der Ökologischen Gerechtigkeit: Hauptstudie“ verfolgte insgesamt drei miteinander verbundene Teilziele:

- 1) Exemplarische Verdeutlichung der gegenwärtigen Beiträge von Umweltpolitik zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland.
- 2) Erarbeitung von Maßnahmenvorschlägen zur Vermehrung und Intensivierung solcher Beiträge.
- 3) Entwicklung von zielgruppenspezifischen Kommunikationsstrategien zwecks besserer Verbreitung und Verankerung eines integrativen Konzeptes der Ökologischen Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Im Rahmen von Punkt 3) führte die GP Forschungsgruppe einen Expertendelphi durch und veranstaltete zum Abschluss des Projektes ein Fachgespräch (Module 4 und 5). Das Fachgespräch fand am 13. und 14. Oktober 2008 in Berlin statt.

Die Punkte 1) und 2) – bestehend aus drei Modulen – bearbeitete das Institut ecologic, Berlin. Die Kurzfassung dieses Berichtes wurde von der GP Forschungsgruppe vor dem Fachgespräch zur Vorbereitung an alle angemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmer versendet.

A. Vorschläge zur Entwicklung zielgruppenspezifischer Kommunikationsstrategien – Ergebnisse der Delphi-Befragung

Die Delphi-Befragung erfolgte bei 23 Experten/innen aus Umweltverbänden, aus Sozial- und Verbraucherverbänden sowie aus Industrieverbänden und Unternehmen.

Nach Auffassung der Experten/innen sollte Ökologische Gerechtigkeit (ÖG) integrativ verstanden werden und sowohl die *intra*-generationelle bzw. Verteilungsgerechtigkeit als auch die *inter*-generationelle bzw. Ressourcengerechtigkeit umfassen.

Die Experten/innen betonten mehrheitlich, dass sich Verteilungsgerechtigkeit bei Umweltlasten und -gütern nicht allein über den Markt herstellen lässt. Die materiellen und immateriellen Schäden durch Umweltbelastungen sollen den Verursa-

chern angelastet und nicht der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Als wichtige Zielsetzung wird die Entwicklung eines neuen Wohlstandsmodells gefordert, das stärker öffentliche Güter und immaterielle Kriterien wie Lebensqualität berücksichtigt.

Kinder und Jugendliche sind nach der Expertenmeinung am besten für umweltpolitische Anliegen kommunikativ zu erreichen. Bei dem Thema „Energieeffizienz im Alltag“ gilt dies auch für ältere Menschen. Als schwer erreichbar gelten Migranten/innen, kranke Menschen und Menschen mit Belastungskumulation.

Die bisherigen kommunikativen Erfahrungen mit der Vermittlung des Komplexes Umwelt, Soziales und Gerechtigkeit sind eher bruchstückhaft und cursorisch.

ÖG als Rahmenkonzept lässt sich am besten über einzelne Themen verdeutlichen. Als besonders geeignet werden hervorgehoben: *Beschäftigungsaspekte durch Umwelttechnologien, Umweltverträgliche Nahrungsmittelproduktion, Steigerung der Energieeffizienz und gesundheitsschädigende Wirkung von Lärm.*

Ein Bedarf für die Ausgestaltung und Vermittlung des Begriffs der ÖG ist eindeutig erkennbar. Als notwendige und prioritäre Faktoren für eine erfolgreiche Kommunikation des ÖG-Konzeptes wurden die Faktoren politische Rahmensetzungen, Initiative, Mut und Überzeugungskraft der Aktivisten sowie Multiplikations- und Diversifizierungsmöglichkeiten der Projektidee genannt.

Des weiteren wurde der Aufbau eines Netzwerkes in den nächsten zwei bis fünf Jahren für notwendig gehalten, um ein Verständnis für das integrative Konzept der ÖG voranzubringen und praxisnah umzusetzen.

B. Auswertung der Fachtagung

Die Fachtagung hatte das Ziel, die Möglichkeiten zur Durchsetzung einer Politik zu prüfen, die ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit nicht in ein Konkurrenz- sondern ein Kooperationsverhältnis stellt. Die Klärung erfolgte durch zwei Einführungsvorträge (PSt BMU Michael Müller und Dr. Harry Lehmann, Fachbereichsleiter im UBA), in drei Gesprächsrunden und in drei Arbeitsgruppen.

Völlig ungeplant, aber von beträchtlicher Wirkung war der Umstand, dass zum Zeitpunkt der Fachtagung die internationale Finanzmarktkrise die Schlagzeilen beherrschte. Die sich daraus ergebende mehrdimensionale Krisensituation (Finanzmarkt, Ernährung, Klimawandel und Ressourcenproblematik) spielte in den

beiden Einführungsvorträgen eine sehr große Rolle. Beide Redner betonten, dass Umweltschützer die Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Daseinsvorsorge im Auge behalten (Müller) sowie neue Wohlstandsmodelle und ein grundlegend neues – an die Nichtlinearität natürlicher Systeme angepasstes – Fortschrittsverständnis entwickeln (Lehmann) sollten. Sie waren sich einig, dass eine gleichzeitig an Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit orientierte Politik den nun offenkundig notwendigen Kurswechsel einleiten könne.

Die erste Gesprächsrunde widmete sich der Frage, wie die These einer „Moralisierung der Märkte“ (Nico Stehr) durch die sogenannten LoHaS, d. h. die Anhänger von „Lifestyles of Health and Sustainability“, einzuschätzen sei. Bereits beim Expertendelphi gingen die Auffassungen über die Reichweite der LoHaS-Bewegung weit auseinander und auch in der Fachtagung überwogen die skeptischen Einschätzungen. Diese stellten dabei nicht nur die politische Bedeutung der LoHaS, sondern ganz generell die Bedeutsamkeit des Konsumentenverhaltens grundsätzlich in Frage. Nach Ansicht der Mehrheit der Teilnehmer/innen ist das Konsumverhalten nur durch ordnungsrechtliche Maßnahmen und die Nutzung des Preismechanismus nachhaltig zu ändern. Hier gelte es mit den umweltpolitischen Maßnahmen anzusetzen. Im Hinblick auf die sozial schwächeren Bürgerinnen und Bürger sollte eine hinreichende Grundsicherung dafür sorgen, dass durch die Maßnahmen entstehende Mehrbelastungen nicht zu sozialen Härten führen.

Eine Minderheit plädierte dagegen für die Förderung einer ökologischen Konsumkultur, in deren Rahmen die LoHaS als Elite und nachahmenswertes Vorbild beim ökologischen Umbau der Industriegesellschaften fungieren, indem sie die notwendigen sozioökonomischen und soziokulturellen Innovationen (sozialökologische Stadtgestaltung und Regionalentwicklung, neue Formen des Wohnens, Nutzen statt Besitzen, innovative Formen des Contracting bei Energie- und Mobilitätsdienstleistungen usw.) vorantreiben und popularisieren.

Die zweite Gesprächsrunde befasste sich mit der These, dass die zunehmende soziale Polarisierung in Deutschland zu immer mehr Symptomen der Desintegration führen werde.

Betont wurde, dass das Bemühen um Integration in einem Spannungsfeld zur für die moderne Gesellschaft wesentlichen Lebensstilpluralität steht. Zu verhindern seien jedoch soziokulturelle Abwärtsspiralen, die dann entstehen, wenn zu große

Ungleichheiten zwischen den Milieus existieren und es zu allzu starken Ausschließungs- und Abgrenzungsbestrebungen zwischen den Milieus kommt.

Traditionelle sozialpolitische Strategien des Geldtransfers, die die Menschen nicht zu nachhaltigen Lebensstilen und zukunftsfähigen Verhaltensweisen befähigen, stießen auch in dieser Gesprächsrunde auf teilweise harsche Kritik.

Die Gesprächsrunde sprach sich mehrheitlich dezidiert für eine deutliche Verstärkung von Befähigungsprogrammen aus. Eine zunehmend größere Rolle spielen diese im Bereich der öffentlichen Gesundheitsvorsorge („Salutogenese“), der allerdings noch wesentlich stärker mit umweltpolitischen Strategien (z. B. nachhaltige Stadtentwicklung und Förderung nachhaltiger Mobilitätsformen) zu verknüpfen wäre. Mittels einer Stärkung von Teilhabe- und Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der konkreten Umsetzung der Vorsorgeprogramme könnten sich synergetische Wirkungen zwischen Gesundheits-, Umwelt-, Sozial- sowie Bildungspolitik entfalten.

In den drei Arbeitsgruppen wurden die Themen Energiesparen, Mobilität und sozialökologische Stadtgestaltung vertieft.

Bei der Diskussion der Möglichkeiten, Energie zu sparen, stand das Projekt der „Cariteams“ sehr stark im Vordergrund. Bei diesem Projekt werden Langzeitarbeitslose zu Energieberatern ausgebildet, welche Haushalte beraten, die Sozialtransferleistungen beziehen.

Die Externalisierung der Kosten der Automobilnutzung sowie neue Mobilitätsformen standen in der Arbeitsgruppe nachhaltige Mobilität im Vordergrund. Um eine verbesserte Akzeptanz von Public Car-Systemen, ÖPNV und innerörtlichem Rad- und Fußverkehr zu erreichen, wurde vorgeschlagen, Szenarien zur zukünftigen Sicherung der Mobilität bei steigenden Energiepreisen auszuarbeiten und öffentlich zu kommunizieren.

Als Konzept für sozialökologische Stadtgestaltung wurde eine stärkere Beteiligung der lokalen Bevölkerung und Wirtschaft befürwortet. Es gelte vor allem in die Menschen und nicht nur in die Infrastruktur zu investieren. Auf diese Weise ergeben sich Teilhabechancen, welche die Bürgerinnen und Bürger dazu motivieren, sich bei Planungs- und Umsetzungsvorhaben aktiv zu beteiligen.

In der abschließenden Podiumsdiskussion stand die Frage der angemessenen Kommunikationsmittel und -methoden im Vordergrund.

Im Podiumsgespräch zeigten sich durchaus unterschiedliche Einschätzungen, inwieweit das Anliegen der Nachhaltigkeit überhaupt in der gesellschaftlichen Breite anschlussfähig sei. Die Meinung, dass Menschen ausschließlich über Kostenfragen und persönliche Vorteile anzusprechen seien, stand der Ansicht gegenüber, dass Menschen auch nach Würde und mitmenschlicher Anerkennung streben.

Einigkeit herrschte im Hinblick auf die Frage, dass dabei die Funktion von Massenmedien nicht überschätzt werden sollte. Anliegen wie das Nachhaltigkeitsleitbild und die ökologische Gerechtigkeit sind zunächst in verschiedene Akteursgruppen hineinzutragen – erst wenn die Themen und Konzepte durch das Wirken dieser Praxisakteure eine hinreichende Fundierung und Verstärkung erreicht haben, können sie von den Medien – die das dann wahrscheinlich sogar von selber aufgreifen – weiter verbreitet werden.

Hilfreich ist, wenn einerseits im Verlauf dieses Prozesses öffentlichkeitswirksamer Druck aufgebaut werden kann, andererseits tragfähige Netzwerke vorhanden sind oder entstehen können.

C. Schlussfolgerungen

Die Diskussionen bei der Fachtagung haben ergeben, dass es heute bereits viele Synergien zwischen Umwelt- und Sozialpolitik gibt – diese allerdings nicht immer als solche erkannt werden: Wenn z. B. die umweltpolitische Notwendigkeit einer Einschränkung der privaten Automobilität von vornherein unter Stichworten wie „Verzicht“ und „Suffizienz“ kommuniziert wird, dann kann es schwer werden, die damit verbundenen positiven Effekte überhaupt noch wahrzunehmen, wie z. B. die Entlastung der Städte und damit die Aufwertung öffentlicher Räume oder die Gleichzeitigkeit von Gesundheitsförderung und finanziellen Einsparungen bei einer Verstärkung des Rad- und Fußverkehrs usw.

Einhellig als vorbildlich bewerteten die Expertinnen und Experten das o. g. Projekt der Energiesparberatung durch die Cariteams. Umwelt- und Sozialpolitik gehen dabei Hand in Hand, zusätzlich entstehen in einem erheblichen Ausmaß positive bildungspolitische Effekte, und zwar sowohl für die Berater als auch für Beratenen.

Weitere einschlägige Fortschritte sind zu erzielen, wenn politische Maßnahmen konsequent auf die Erzielung von Synergieeffekten hin geplant werden.

Die Entwicklung von zukunftsfähigen Lebensstilen auf der Basis einer Entkopplung von Lebensqualität und Natur(kapital)verbrauch muss keine bloße Utopie bleiben. Als Voraussetzung dafür sind allerdings zukünftig „Kollektivgüter“ wie saubere Umwelt, gesundheitsförderliches Umfeld, öffentliche Sicherheit, städtische Lebensqualität usw. als wirklich ernst zu nehmende Bestandteile von Wohlstand und Wohlfahrt anzuerkennen.

Solange die öffentliche Diskussion auf die Fragen der Kosten(un)gerechtigkeit fixiert bleibt, muss diese Anerkennung allerdings relativ schwer fallen. Anders sieht das aus, wenn es gelingt, ein Konzept der ökologischen Gerechtigkeit zu etablieren. Wesentliche Beiträge dazu sind nicht zuletzt von einer Intensivierung der Forschungen zur Umweltgerechtigkeit zu erwarten.

Im Rahmen eines umfassenden Gerechtigkeitskonzeptes – wie z. B. dem der ökologischen Gerechtigkeit – gilt das Human- und Sozialkapitel einer sozialen Gemeinschaft als mindestens ebenso wertvoll wie das Sach- und Finanzkapital der Privateigentümer sowie die aktuelle Kaufkraft der Konsumenten. Als „konkrete Vision“ hat ein solches Konzept ein sehr hohes Motivationspotenzial, wenn es als Leitwert für den Weg zum „Guten Leben“ in der Kultur verbreitet ist.